GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

»Verschrottung des Mittelbaus« – Vom Umgang mit den Privatdozenten als Symptom neuer Intellektuellenfeindschaft

Meyer-Renschhausen, Elisabeth

2008

https://doi.org/10.25595/2364

Veröffentlichungsversion / published version
Sammelbandbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Meyer-Renschhausen, Elisabeth: *»Verschrottung des Mittelbaus« – Vom Umgang mit den Privatdozenten als Symptom neuer Intellektuellenfeindschaft*, in: Bultmann, Torsten (Hrsg.): Prekarisierung der Wissenschaft (Berlin: Karl Dietz Verlag, 2008), 41-52. DOI: https://doi.org/10.25595/2364.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Rosa-Luxemburg-Stiftung

TORSTEN BULTMANN (HRSG.)

Prekarisierung der Wissenschaft

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 78
ISBN 978-3-320-02163-4
Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2008
Satz: Marion Schütrumpf
Druck und Verarbeitung: Mediaservice GmbH Bärendruck und Werbung
Printed in Germany

Inhalt

Torsten Bultmann
Einleitung: Hochschulentwicklung im Spannungsfeld von »Exzellenz«, »Elite«, Unterfinanzierung und Niedrigstlohn 7

Thomas Goes
Die Hochschule als Wandelhalle – Anmerkungen und Fragen zu Prekarisierung und deren (politische) Verarbeitungsformen im Wissenschaftsbetrieb 12

Lars Bretthauer, Daniel von Fromberg
Prekarisierung und Marginalisierung der Kritik. Eine politische Polemik 23

Elisabeth Meyer-Renschhausen
»Verschrottung des Mittelbaus« – Vom Umgang mit den Privatdozenten als Symptom neuer Intellektuellenfeindschaft 41

Gisela Notz
Geschlechterstereotypen und weibliche Karrieremuster in der Wissenschaft 53

Magnus Treiber
»Streik« – Ein Lehrbeauftragter resümiert Erfahrungen 59

Andreas Keller
Visionen und Grundbausteine einer Reform der Personalstruktur an Hochschulen 64

ELISABETH MEYER-RENSCHHAUSEN

»Verschrottung des Mittelbaus« – Vom Umgang mit den Privatdozenten als Symptom neuer Intellektuellenfeindschaft[1]

Ein heute vergessenes Ergebnis der 68er-Bewegungen waren Öffnung und Ausbau der Universitäten für jedermann und jede. Vor allem sozialdemokratische Länder-Regierungen gründeten Reformuniversitäten, die dem dafür Empfänglichen noch heute durch angenehm bescheidene Ausstattungen (etwa hinsichtlich der Räume) der Hochschullehrer und eine emsige, egalitäre Atmosphäre auffallen. 30 bis 40 Jahre später waren es verblüffenderweise wieder vor allem linken Regierungen, die die Jahre der Reformuniversitäten endgültig beendeten und damit auch der Universität der Aufklärung und dem Humboldtschen Bildungsideal ein Ende setzten. Der Umgang mit den PrivatdozentInnen, fertig ausgebildeten Hochschullehren im Wartestand, ist dafür ein Symptom.

»Den Mittelbau müssen wir verschrotten« – rutschte einem Vertreter des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung heraus, als er 2001 danach gefragt wurde, was nach der Neufassung des Hochschulrahmengesetzes mit dem bisherigen Mittelbau würde.[2] Man hätte dieses – an das sozialdarwinistische »Menschenmaterial« erinnernde – Wort hinterher gerne zurück genommen. Das Wort »verschrotten« – so der der SPD nahe stehende Historiker Hans-Ulrich Wehler daraufhin in der *Zeit* – ginge »über schnoddrige Realitätsferne am grünen Tisch weit hinaus, es erinnert fatal an die menschenfeindliche Sprache des Reichssicherheitshauptamtes. Die ›Arroganz der Macht‹ zur Verschrottung als neumodische Variante sozialdemokratischer Bildungspolitik? Wer bisher geglaubt hatte, dass dieses Gesetz mit heißer Nadel genäht und deshalb seine soziale Konsequenz offenbar nicht genügend beachtet worden sei, wird durch die perfide Offenherzigkeit dieses Eingeständnisses und die Nonchalance, mit der die Welle von unvermeidbaren ›Härtefällen‹ akzeptiert wird, eines Besseren belehrt.«[3]

Privatdozenten als Abenteurer auf eigene Rechnung

Während man einerseits die Privatdozenten verschrotten will, will man zugleich die Elitebildung befördern. Offenbar weiß man in den Ministerien nicht, dass man

1 Ein Teil dieses Aufsatzes ist in einer älteren Fassung erschienen in: Ästhetik und Kommunikation Heft 128, 36. Jg. 2005, S. 111 – 119

2 Der im gleichen Jahr vorgelegte Entwurf einer HRG-Novelle sah die neue Stellenkategorie der »Juniorprofessur« als künftige Regellaufbahn für das Professorenamt vor. Dabei war die Frage unbeantwortet, was mit den Tausenden von Mittelbauangehörigen geschehen solle, die bereits ohne Berufung habilitiert waren bzw. sich in den traditionellen Qualifizierungswegen befanden.

3 Hans-Ulrich Wehler in: Die Zeit 31.2.2002

zur Elitebildung vor allem viele engagierte Lehrende braucht, die als begeisterte Forschende in der Lage sind, die besondere Hingabe zu vermitteln, der die jungen Leute sich befleißigen müssen, die künftig etwas besonders leisten wollen. Offenbar glaubt man in den Behörden ähnlich wie in den Topetagen der Wirtschaft, man könne gute Wissenschaftler mit etwas Leistungsdruck nach Belieben herstellen, so wie man etwa Bestseller nachdrucken kann.

In Berlin gibt es an den drei großen Universitäten insgesamt 851 Privatdozenten (einschließlich apl. Profs) davon 187 weibliche. Das war der Stand vom 1. Januar 2005, den ich Anfang Januar 2005 auf Wunsch des *Deutschen Hochschullehrerinnen Bundes (DHB)* per Telefonumfrage bei den Verwaltungen der drei Universitäten ermittelte. Die Zahlen werden sich kaum geändert haben: einige sind seither dazu kommen, andere aus Altersgründen u. ä. und vor allem auch Ärger über den zweifelhaften Umgang mit ihnen ausgeschieden. Von den Berliner PDs (einschließlich den ebenfalls nicht bezahlten apl. Profs) haben einige gut bezahlte außeruniversitäre Forscher-Stellen an Einrichtungen wie etwa dem *WZB (Wissenschaftszentrum Berlin)* oder haben sich als Berufspolitiker von ihren Lehrverpflichtungen quasi dauerhaft beurlauben lassen. Andere schlagen sich in bestimmten Branchen wie etwa der Archäologie mittels Ketten von gut bezahlten befristeten Forschungsaufträgen durch oder überleben in den Sprachen als »Lehrkraft für besondere Aufgaben« mit einen Stundenzahl belastet, die man hierzulande sonst nur Lehrern oder Fachhochschuldozenten zumutet.

Ein gutes Fünftel bis ein Viertel der Privatdozenten ist weiblich. Bevor die neue Frauenbewegung darauf drang, dass auch Frauen vermehrt in Hochschullehrepositionen vorgelassen werden sollten, gab es bis in die Mitte der 80er Jahre kaum habilitierte Frauen. Insgesamt ist in Berlin wahrscheinlich etwa jeder vierte Hochschullehrer ein Privatdozent und unterrichtet umsonst. Das »Verschrotten des Mittelbaus« traf in Verbindung mit dem Zusammenstreichen der Etats und der neoliberalen Umstrukturierung der Universitäten vor allem die weiblichen Habilitierten, von denen wahrscheinlich besonders viele stellenlos bleiben. Tatsächlich gibt es diverse Privatdozenten, die von Hartz IV leben müssen, da auch die Ehepartner nach 1989 die Stelle verloren. Einige haben gut verdienende Ehefrauen oder Ehemänner. Zweifelsohne wird eine erhebliche Gruppe der heute an den Universitäten Lehrenden – wie vor dem Ersten Weltkrieg die weiblichen Lehrer – der Altersarmut anheim fallen. Ich kenne persönlich nur einen Privatdozenten, der genügend geerbt hat, um über einen längeren Zeitraum davon einigermaßen auskömmlich leben zu können.

Genaue Zahlen über die Stellenlosigkeit oder materielle Not von Privatdozenten gibt es nicht, obwohl auf einer Veranstaltung der *Initiative Berliner Privatdozenten* (zusammen mit der *Heinrich-Böll-Stiftung*) am 6. Februar 2006 dies von Christian Gizewski erneut gefordert wurde.[4] Es wäre möglicherweise am ehestens

4 http://www2.tu-berlin.de/fb1/AGiW/Cricetus/SOzuC3/Archiv2/KurzBerD.htm (letzter Zugriff 1.3.2008).

über die einzelnen Fachverbände möglich, diese Zahlen zu erheben, wie es der *Verband der Historiker* als erster unternommen hat.

PrivatdozentInnen in Berlin einschließlich apl. Professuren (Stand Januar 2005)

Universität	PDs gesamt	davon Frauen
Technische Univ.	272	41
Freie Universität	410	102
Humboldt-Univ. (ohne Charité = Medizin)	169	44
SUMME	851	87

Privatdozenten sind Hochschullehrer in Warteposition. Sie bekommen nach erfolgter Habilitation von dem entsprechenden Fachbereich auf Antrag die *venia legendi* und haben dann die Pflicht zu lehren sowie das Recht, Prüfungen abzunehmen; sie können auch Doktoranden annehmen. Privatdozenten sind – je nach Habilitationsordnung – zu ein bis zwei Stunden Lehre pro Semester verpflichtet, haben jedoch kein Anrecht auf ein Entgelt ihrer Arbeit. In Berlin bekommen sie pro aktiven Semester 153 Euro Aufwandsentschädigung, allerdings nur, wenn sie ihr Seminar allein durchgeführt haben.

Als ich die Tatsache der geringen Aufwandsentschädigung vor vier Jahren in einem Artikel für die Zeitschrift der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften erwähnte, bekam ich den Satz dreimal zurück. Man konnte es dort einfach nicht glauben, es erschien zu ungeheuerlich.[5]

Keine Anerkennung des second book in Germany

Das ist insofern verständlich, als nirgends sonst in Europa dermaßen mit Privatdozenten bzw. Dozenten, die ihr »second book« publiziert haben, umgegangen wird. Ulrich Oberdiek hat in seiner Untersuchung »Ausgebootet – zur beruflichen Altersdiskriminierung an deutschen Hochschulen« (2001) festgestellt, dass an den meisten Universitäten, wie zum Beispiel an der Freiburger, etwa 25 Prozent Pflichtveranstaltungen in der Lehre quasi unentgeltlich durch Privatdozenten und Lehrbeauftragte abgegolten werden. Die »effiziente« Universität lebt auf Kosten Unbesoldeter, die sie einerseits schärfer ins System einzubinden sucht (an der FU

5 Erschienen in den Gegenworten, Heft 14, Herbst 2004: Low Budget Academics – freischaffende Wissenschaftlerinnen – unsichtbar.

wurden in Einzelfällen keine Entlastung von der Titellehre bei auswärtigen Gastdozenturen gewährt, obwohl das allgemein üblich ist, PDs von der Titellehre zu beurlauben, wenn sie anderswo unterrichten), andererseits stärker auszugrenzen versucht (keinerlei Vergütungen auch nicht bei Abnahme von Prüfungen, Aberkennung von Prüfungsrechten, keine Räume oder PCs). Die Berliner Privatdozenten verloren Ende der 1990er Jahre ihr Wahlrecht innerhalb der Universitäten und erhielten auf ihre Briefe an den Präsidenten der FU erst eine Antwort, nachdem sie sich an den Senator gewandt hatten.[6] In Rheinland-Pfalz wurden die Privatdozenturen ganz abgeschafft.

Mit dem Hochschulrahmengesetz (HRG) und der Dienstrechtreform von 2002 wurde zudem die Altersdiskriminierung verstärkt. Im Gegensatz zu Europa untersagt in den USA ein *Age Discrimination in Employment Act* von 1968 die berufliche Altersdiskriminierung. Dort kommt es durchaus häufiger vor, dass ältere Wissenschaftler in Universitätsdienste übernommen werden. Das deutsche HRG von 2002, nebst seiner anschließenden Novellen, ermöglicht jedoch eine Art »Säuberung« der Hochschulen von insbesondere ihren Privatdozenten, was auf ein Quasi-Berufsverbot für alle Betroffenen über 40 hinausläuft. Und zwar obwohl allgemein bekannt ist, dass Lehrer wie Professorinnen im Alter eher besser werden, da akkumuliertes Wissen samt Lebenserfahrung mit gewachsenem Selbstwertgefühl eine sehr viel bessere Lehre ermöglichen.

Die Nachbarländer Frankreich und Italien haben Modi gefunden, mit Wissenschaftlern in prekären Lagen umzugehen. Die Schweiz bezahlt Privatdozenten und Lehrbeauftragte vergleichsweise gut. Österreich kannte einen sehr viel flexibleren Einsatz von einigermaßen bezahlten Gastprofessuren. Polen zahlt seinen Privatdozenten eine Art Grundsicherung und würdigt die Betreuung von Promovierenden mit einem eigenen Honorar. Großbritannien hat ein besonders offenes Laufbahn-System, in dem die »lecturer« in festen entgoltenen Beschäftigungsverhältnissen dominieren. Diese können aber auch in fortgeschrittenerem Alter noch zu Professoren ernannt werden.

Durch das Ausbooten der Privatdozenten wurden vor allem Wissenschaftlerinnen einer bestimmten Zwischengeneration ausgegrenzt. Von ihnen gehörten viele der ersten Generation der Frauenforschung an. Diese zweite westdeutsche Frauenbewegung (1973ff) war ähnlich wie die Studentenbewegung auf eine paradoxe Art und Weise sowohl universitätskritisch als auch aufklärungsgläubig, sie war – wie die breite und eher pazifistische Unterströmung der Studentenbewegung generell – immer besonders mit Schul- und Hochschulreformen beschäftigt. Die zweite Frauenbewegung bestand – ähnlich wie die erste Frauenbewegung von 1865 bis 1933 – auf notwendigen Sozialprojekten (von Witwenrenten bis zu Frauenhäusern) und der Eroberung der höheren Schulbildung bzw. nun der Univer-

6 Vgl dazu http://www.tu-berlin.de/fb1/AGiW/Cricetus/SOzuC3/Archiv2.Offbrief.htm, letzter Zugriff am 1.2.2008.

sitäten für das weibliche Geschlecht. Daher befasste sich das Gros der neuen Frauenforscherinnen ab Mitte der 1970er Jahre auch mit Universitäts- und Bildungsfragen. Die Frauenforscherinnen durchschauten, dass die Habilitation willkürlich als arbeitsmarktpolitisches Instrument gegenüber Unverwünschten benutzt wurde. Dennoch mussten die Individuen dieser Altersgruppe schließlich doch habilitieren, wenn sie gerne bei ihrer Forschung bleiben wollten, zumal man ihnen klar machte, dass sie – angesichts des notwendigen Nachholbedarfs hinsichtlich der Einstellung von Frauen – einigermaßen sicher auf Anstellungen würden hoffen können. Als sie fertig waren – und das dauerte beim weiblichen Geschlecht mangels höherer Mittelbau-Stellen, engagierter Betreuer und mangels Zugehörigkeit zu einem »old boys network« meistens vergleichsweise lange – wurden die Universitäten, besonders in Berlin – massiven Finanzkürzungen ausgesetzt. So fielen wahrscheinlich die meisten Frauen- und Geschlechterforscherinnen der ersten Generation resp. Kohorte (mit Mittelbauer-Stellen ab der 1980er Jahre) aus dem System heraus: Ein paradoxer »Nebeneffekt« rotgrüner »Universitätsreformen«.

Personalpolitik als Symptom der Ökonomisierung

Die aktuellen Universitätsreformen stehen unter dem Diktat der so genannten Lissabon-Strategie der Europäischen Union. Das Ziel ist Erhöhung der Leistung der Wissenschaften für die Wirtschaft. Ob es mit dem in Bologna beschlossenen Richtungswechsel erreicht werden kann, ist jedoch mehr als fraglich. Es wird immer häufiger auch aus Reihen der Privatwirtschaft angezweifelt. Galten nicht die deutschen Universitäten mit den offenen Diskussionen in ihren Seminaren und der Wahlfreiheit der Studierenden als mit die besten der Welt? Kann also die derzeitige Universitätsreform mit ihrer Absicht der allgemeinen Vereinheitlichung tatsächlich jene vielfältige »Wissensgesellschaft« hervorbringen, die Europa den Spitzenplatz im globalen Wettbewerb verschaffen kann? Brauchen wissenschaftliche Leistungen nicht besondere Umstände, nämlich ein Klima von geistiger Inspiration und Offenheit, die nur durch eine freie und vielseitige Entwicklung von Forschung und Lehre garantiert werden können? Und gehört dazu nicht auch die praktische Anerkennung jahrelangen Forschens »freier« WissenschaftlerInnen unabhängig von unmittelbarer »Verwertbarkeit«, Alter, festen Anstellungen und Professuren?

Die politische Klasse kürzt auf Druck eines irrationalen rigorosen Sparkurses die Etats der Universitäten. Privatdozenten, die zusammen mit den Lehrbeauftragten einen erheblichen Teil des Universitätsbetriebs aufrechterhalten, bleiben unbezahlt, die Lehrbeauftragten extrem unterbezahlt. Vakante Professuren werden nicht besetzt oder gestrichen. Ohne Geld sind jedoch allen Exzellenzinitiativen zum Trotz keine besseren Leistungen und keine besseren Lehrverhältnisse zu bekommen.

Welche Stimmen haben die Wissenschaftler Europas überhaupt noch im sogenannten Bologna-Prozess? Ist nicht der Umgang der derzeitigen Politik samt Verwaltungen mit dem sogenannten wissenschaftlichen Nachwuchs einschließlich der Privatdozenten bezeichnend? Werden nicht Professoren wie Studenten seitens von Politik und Bürokratie ähnlich missachtet wie Privatdozenten und Lehrbeauftragte?

Die »Verschrottung« der PDs wurde nun auch zum Thema auf dem letzten Soziologentag (2006) erhoben. Der Vorsitzende der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* Prof. Dr. Rehberg persönlich übernahm es, das berufspolitische Schicksal dieser Gruppe ausführlich anzusprechen. Karl-Siegbert Rehberg von der Universität Dresden befand als bemerkenswert besonders die Tatsache, dass die Gruppe der Privatdozenten in der Hochschulgesetzgebung von 2002 keinerlei Erwähnung mehr findet. Zwar könne man in der Institution des »Privatdozenten« ursprünglich – wie Max Weber – als Hilfsmittel einer »plutokratischen« Rekrutierung von Hochschullehrern sehen (dass man sich nämlich bis zur Berufung standesgemäß selbst zu finanzieren hatte). Heute sei jedoch entscheidend geworden, dass dieser Status die Lehrberechtigung für ein Fach und damit verbundene Rechte vermittle. Die Juniorprofessur, so sinnvoll sie als eine neue Nachwuchsgruppe sei, dürfe jedoch nicht zur Entrechtung einer großen, hochqualifizierten Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern führen. Deshalb müssten die Verantwortlichen in der Kultusministerkonferenz, in der Hochschulrektorenkonferenz, im Wissenschaftsrat – aber auch im Bundesministerin für Bildung und Forschung (BMBF) – auf das Problem aufmerksam gemacht werden. Selbst wer höhere Bildungen nur noch unter Finanzgesichtspunkten beurteile, müsste eigentlich einsehen, dass eine rechtlich gestützte Funktionsbestreitung und Rechte vernichtende Ausgrenzung dieser Gruppe sich gerade auch unter ökonomistischen Gesichtspunkten als besonders kurzsichtig erweisen dürfte: Trotz aller erwartbaren erneuten Überlast werde Lehrkapazität willkürlich zerstört. Es dürfe nicht vergessen werden, dass die zum Erhalt des Titels des Priv.-Doz.- bzw. apl. Prof.-Titels wahrgenommene Lehre zumeist ohne jede Honorierung und sogar ohne Erstattung für eventuelle Reisekosten dem Staat sozusagen »geschenkt« werden muss – hier wären Hörergelder oder gewisse, vielleicht an die Anzahl der Hörer oder des Lehrumfanges zu bindende, Vergütungen durchaus angemessen.

Hauptsächlich ginge es jetzt darum – so Rehberg weiter – die unter Verletzung jeden Vertrauensschutzes stillschweigende Aufhebung erworbener und auf Leistungen beruhender Rechte dieser Hochschullehrergruppe zu verhindern. Unter diesem Gesichtspunkt wie auch mit Blick auf die Wirkungen handele es sich nicht um ein marginales Problem.

Die traditionellen Formen der deutschen Universität würden derzeit einer oberflächlichen Übersichtlichkeit und organisatorischen Vergleichbarkeit geopfert. Bisher sei das kaum gelungen. Die Hochschulen würden dafür einer – in der Privatwirtschaft bereits hinterfragten – »hierarchischen Linienverwaltung von oben her« unterworfen, die alles kontrollieren und steuern soll. Diese Umstülpung führe

nun leider nur zu – so Karl-Siegbert Rehberg – zu »cäsaristischen« Phantasien von Hochschulleitungen, die – allenfalls noch von externen Mitgliedern der Hochschulräte kontrollierten – wider besseres Wissen von oben »Exzellenz« erzeugen wollten.

Wie wir in den Sozial- und Geisteswissenschaften in den letzten 30 Jahren bereits erfahren haben, richten sich diese neuen »Gestaltungsphantasien« besonders gegen diese, die daher als akademischer Steinbruch herhalten müssen – ganz besonders die Kulturwissenschaften. Weil Geistes- und Sozialwissenschaften nicht als ökonomisch verwertbar gelten, schrumpft sich etwa die Technische Universität Berlin wieder auf eine reine Technikerhochschule zurück, ohne zu bedenken, dass das der TU einen ungünstigen Studentenschwund bescheren kann. Heute leiden bereits fast alle ostdeutschen Universitäten an zu wenig Studierenden. Das liegt vor allem an der einseitigen Ausrichtung dieser meist neu gegründeten Universitäten. Als pure Ingenieurs- oder Wirtschaftsunis strahlen viele davon kaum etwas aus, entwickeln ihre Standorte kaum das anziehende Flair von Universitätsstädten und ziehen nur wenig weibliche Studierende an. So kommen auch männliche Studierende nicht gern.

Geistes- und Sozialwissenschaften: gestrichen trotz wachsenden Bedarfs

Wir stehen also vor der Paradoxie, dass – während weltweit die Angst vor Terror und neuen Kriegen wächst – die Sozialwissenschaften, die ermöglichen sollen soziale Konflikte zu verstehen, abgeschafft werden. Statt das Nachdenken über die neuen Gewaltprozesse zu fördern, werden die Hochschulen gezwungen, ihre Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft, Menschen im Sinne der Aufklärung zu »allseitig gebildeten Persönlichkeiten« zu machen bzw. zu kommunikationsfähigen Persönlichkeiten zu bilden, zu kündigen. So wird etwa das jetzt eingeführte verkürzte und modularisierte Studium der Islamwissenschaften, wie ein Hochschullehrer der Orientwissenschaften der Freien Universität Berlin kürzlich in der TAZ feststellte, keinesfalls mehr geeignet sein, auch nur ansatzweise einen Überblick über den Islam und die islamische Welt mit ihrer Vielfalt an Sprachen und Kulturen verschaffen zu können.

Es ist zu erwägen, ob die Universitäten nicht eine gute Anzahl potentieller Studierender durch die Spezialisierung und Verschulung des Studiums verlieren werden. Die Beseitigung der »kleinen« Fächer« führt ganz offenbar zum Verlust von Studenten. Schon jetzt beklagen manche Technische Universitäten den Mangel an Zulauf. Sie verlieren Studenten, weil sie kein allgemeines Studium anbieten können und weil kaum weibliche Studies sich bewerben.

Der Mehrheit der Kommilitonninen erscheinen die Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Fächer als interessanter und auch wichtiger, obwohl sie wissen, dass sie in den entsprechenden Berufen weniger werden verdienen können. Eine Europa-Politik, die das Diktum vom »Gender Mainstreaming« ernst meint, müsste diese Interessengewichtung von Studentinnen ernst nehmen. Bisher sind jedoch ganz besonders

in der Bundesrepublik Deutschland vor allem jene Fächer zusammengestrichen worden, die vom weiblichen Geschlecht bevorzugt studiert wurden und für die besonders Frauen sich als potentielle Professorinnen qualifiziert haben.

Wilhelm von Humboldts Universität sah die Bildung zum allseitig entwickelten Menschen als unabdingbare Voraussetzung eines modernen Staatswesens. Die Verfassungen der deutschen Universitäten, mit der ihnen eingeräumten Freiheit von Forschung und Lehre, verhalfen ihnen zu Wachstum und Blütezeit vom 19. bis weit in's 20. Jahrhundert hinein. Sie wurden zum Vorbild der Universitätsgründungen vor allem in den USA, zumal da, wie die Paradoxie der Geschichte es wollte, in der »verspäteten Nation« aufgrund ihrer landesherrlichen Verfasstheit eine große Pluralität vorzüglicher Universitäten entstand.

Als den Berliner Universitäten Anfang der 1990er Jahre erste Hochschulverträge diktiert wurden, die die Unis zu »effizientem Wirtschaften« verpflichteten, war klar, dass damit der Bildungsauftrag der Hochschulen als Teil der freiheitlichen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland infrage gestellt war. Dass derartige Reformen die Universitäten auf das manchmal problematisch beschränkte Niveau amerikanischer Colleges degradieren werden, wurde seitens der gegenüber Hochschullehrern völlig ignorant gewordenen Politik nicht verstanden.

Es war kein Zufall, dass solche Verträge hierzulande zuerst den Universitäten von Berlin aufgezwungen werden konnten. In Berlin müssen sich seit 1990 drei Unis den Etat von vordem zweien teilen. Denn der Stadtstaat – früher als Frontstadt des kalten Krieges auf beiden Seiten hoch subventioniert – wurde nach der Wende seitens der Regierung in Bonn in eine finanziell problematische Lage geschickt und steht seither dauernd knapp vor dem Konkurs. Es wirkte wie eine Rache des »rheinischen Kapitalismus« an dem international bewunderten Zentrum des intellektuellen Freigeistes und der freien Künste, deren Image von Studentenbewegung, Wissenschaft und Kunst geprägt war.

Interessant ist, dass Berlin gerade zur Zeit des Abschlusses des WTO-Vertrags in Marrakesch 1994 zu den ungeliebten Universitätsverträgen kam. Bekanntlich entstand die WTO aus dem GATT, dem *General Agreement on Tarifs and Trade* von 1947, das den Handel mit agrarischen Produkten, mit Lebensmitteln sowie Dienstleistungen noch ausgeschlossen hatte. Zweck der WTO ist die Ausweitung des Welthandels, besonders die Aufhebung des Schutzraums, den die Landwirtschaft sowie die öffentliche Daseinsvorsorge hatten. Wesentlicher Bestandteil des WTO-Vertrags ist daher das GATS – *General Agreement on Trade in Services* – ein multilateraler Vertrag über grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen. Und zwar obwohl man in den USA sowie den Ländern des Südens sehr wohl weiß, dass eine öffentliche Daseinsvorsorge, die über den Markt abgewickelt wird, arme Menschen die (Kranken- etc.)Versorgung vorenthält. Die Politiker nahmen offenbar an, um weiteres Wirtschaftswachstum garantieren zu können, die (Allgemein-)Bildung opfern zu müssen. Es handelt sich damit um einen Enteignungsprozess, der an das berühmte »Bauernlegen« früherer Jahrhunderte erinnert.

Ausgeschlossen vom GATS sind nur die »in Ausübung hoheitlicher Aufgaben« erbrachten Dienstleistungen – also nichtkommerzielle, ohne Wettbewerb erbrachte Dienste der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wenn jedoch in einem Staat ein bestimmter Dienstleistungssektor bereits teilweise privat betrieben wird, muss laut GATS-Vertrag, der gesamte Teilsektor privatisiert werden. Kirchliche Kindergärten, private Schulen und Universitäten bedeuten also laut GATS, dass der Bildungssektor zur Privatisierung offen steht. Bisher hat die Europäische Union die Universitäten jedoch noch nicht zur Privatisierung freigegeben. Wohl aber betreibt die EU die Vereinheitlichung der Universitäten, die eine wesentliche Voraussetzung für den Handel mit Dienstleistungen sind. Hier liegt die Ursache für den Bologna-Prozess.

Dass mittels WTO und GATS bisherige »Commons«, also Gemeingüter der Allgemeinheit ohne Schadensersatz entzogen werden sollen, um der Privatwirtschaft ein weiteres Wachstum zu ermöglichen, bestätigen Berichte über die Art und Weise, mittels derer Verträge wie der WTO-Vertrag durch Geheimniskrämerei nebst Übertölpelung durchgesetzt wurden bzw. werden sollten (vgl. u. a. Mies/von Werlhof 1998). Vom SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer wissen wir, dass die Ratifizierung der neuen Welthandelsordnung im Deutschen Bundestag im Hauruckverfahren am 29. Juni 1994 erfolgte. Keiner der Abgeordneten hatte das 20 000 Seiten (!) lange Dokument gelesen, das quasi über Nacht auf den Tisch kam. In der Regel nehmen sich die Parlamente für eine Ratifizierung derartiger Vertragswerke ein bis zwei Jahre Zeit. 1994 gab es angeblich keine Möglichkeit dazu. Mehrere Abgeordnete sehen daher das Vertragswerk von Marrakesch als verfassungswidrig an. Erst acht Jahre später sprach der Bundestag sich am 12. März 2003 gegen Verhandlungsrunden hinter verschlossenen Türen aus (Scheer 2003: 101ff).

Bei Unterzeichnung des GATS behielt die Europäische Union sich vor , Dienstleistungen, die auf nationaler oder örtlicher Ebene als öffentliche Aufgaben betrachtet werden, staatliche Monopole u.ä., zunächst nicht der Privatisierung auszusetzen. Darunter fällt die öffentliche Forschung, die vorläufig Angelegenheit der verschiedenen Nationalstaaten bleibt, während hingegen die universitäre Lehre im Gegensatz zur Forschung nicht mehr explizit vor Privatisierung geschützt ist. Wurden hier kurzsichtig die Bauern geopfert, um die Türme im Spielfeld zu halten?

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die staatliche Bildungshoheit in Folge des GATS bereits more or less verschwunden ist (Hachfeld 2005, Hoffrogge 2005). Bei jeder neuen GATS-Runde müssen die EU-Staaten ihre bisherige Bewertung der Universitäten als staatliche Hoheitsaufgabe erneut verteidigen. Es geht also im Bologna-Prozess keineswegs nur darum, die Studierenden ungehindert in jedem Land der Europäischen Union studieren zu lassen, vielmehr soll der beschleunigte Vereinheitlichungsprozess die europäischen Universitäten für den internationalen Bildungsmarkt sozusagen aufbereiten.

Offenbar dient die – angesichts des neuen Etats der Bush-Regierung (vgl. FAZ 28.2.2008) – ziemlich willkürliche Sparpolitik gegenüber den Universitäten dazu, letztere gefügig zu machen, damit sie sich der Privatisierung öffnen. Diese Politik

war bereits erfolgreich: Während Technische Universität und Humboldt Universität in Berlin in auffälligen Mengen Ehrendoktorwürden und Honorarprofessuren etwa an VW-Manager oder Geschäftsführer von Stiftungen vergeben, strebt beispielsweise die Soziologie der Freien Universität eine Zusammenarbeit mit der Hertie Stiftung an, obwohl letztere ein sehr eng gefasstes Förderungsprofil hat. Die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre wird zugunsten der Finanzierbarkeit der Universitäten aufgegeben. Die Frage der Studiengebühren ist also keine Frage des Sparens oder Finanzierens. Nicht etwa die Hörergebühren werden wieder eingeführt, die früher bei besonderen Privatdozenten wie Georg Wilhelm Friedrich Hegel oder Kurt Gödel über Jahre das Überleben ermöglichten. Studiengebühren sind vielmehr ein Schritt, den Bildungssektor von einem politisch-staatlich regulierten Sektor in einen privaten Markt zu verwandeln.

Administration und Politik verspielen damit die Zukunft der historisch gewachsenen Vielfalt der deutschen Universitäten. Das amerikanische Finanzierungsmodell ist keineswegs so staatsfrei, wie hierzulande suggeriert wird. Es führt überdies zu massiv manipulierten Wissenschaften und Maulkörben für viele Professoren. Auch in den USA werden Hochschulen, einschließlich der Elite-Universitäten, überwiegend aus staatlichen Töpfen finanziert. Erhebliches Geld kommt aus Bundesmitteln. Es ist das gleiche wie bei den Agrarsubventionen: die USA tun so als wollten sie den Freien Wettbewerb, in Wirklichkeit jedoch wollen sie lediglich den »Markt« für die amerikanischen Firmen erobern. Die Hochschullehrer werden dabei genau so behandelt, wie die (Klein-)Bauern im Agrarbereich: Durch Subventionen, die aber nicht den Farmern direkt, sondern den Lebensmittelverarbeitern und anderen Großkonzernen ausgezahlt werden sowie aggressivem Durchsetzen von »Strukturanpassungsmaßnahmen« nebst »Hygiene-Auflagen« werden die Bauern in die Abhängigkeit von den Konzernen und die Kleinbauern in den Ruin gedrängt. Die »Exzellenzinitiative« ist das Verfahren, dieses zeitraubende und insofern sehr ineffektive Modell hierzulande auch einzuführen. Das bei uns kürzlich erst aufgelegte Sonderprofessurenprogramm der VW-Stiftung ist more or less gescheitert, da die deutschen Universitäten nicht mitzumachen vermochten. Sie wussten tatsächlich nicht, wie sie die mit dem Programm verbundenen Verpflichtungen, die Stiftungsprofessuren nach fünf Jahren aus eigenen Haushaltsmitteln zu übernehmen, hätten finanzieren können.

Fazit

Kontroverse Forschungen zur Globalisierung, zum Anwachsen der Korruption, zu Migrationsströmen, Wahl- oder Ernährungsverhalten werden Aufgabe der Sozialwissenschaften bleiben. Statt reiner Forschungsfinanzierung brauchen wir eine das Lernen fördernde Bildungsfinanzierung. Steuergelder sollten daher für unabhängige, staatliche Universitäten statt etwa einseitig für in die (Gen-)Forschung

einiger weniger Großkonzerne ausgegeben werden (vgl. Ober / Mertens 2007) Im Falle der Universitäten kann zum Erhalt der Demokratie auf (National-)Staatlichkeit nicht verzichtet werden.

Wenn die neue flexibilisierte Universität ihre Privatdozenten behandelt wie selbständige Unternehmer, indem sie ihnen das gesamte Risiko, in einen langwierigen und ungewissen Ausbildungsgang investiert zu haben, alleine überlässt, müssten sie dieser Gruppe hinterher fairerweise zumindest (zeitweilige) Anstellungs- und Verdienstmöglichkeiten verschaffen, die diese Gruppe nicht direkt vom erwarteten »C 4 direkt ins Hartz IV« stößt, wie Die Zeit kürzlich titelte. Eine neoliberale Politik, die sich vor allem durch Menschenverachtung auszeichnet, wird auch den Kapitalismus auf die Dauern nicht retten können. Eine allgemeine Atmosphäre der Intellektuellenfeindlichkeit sowie Politiker, die keine Zeit zu haben meinen, Universitätsvertreter aller Statusgruppen und Personalkategorien zu konsultieren, bevor sie dermaßen umfängliche »Reformen« auf den Weg bringen, waren schon mehrfach in der Geschichte Anzeichen kommender totalitärer Zeiten.

So ist es kein Wunder, dass wir von einer gewissen Rückkehr einer Art von »Salonkultur« vernehmen, von der Wiederkehr von privaten Lesezirkeln und einer neuen Bewegung für Home-schooling hören. Gegen- und Untergrunduniversitäten ermöglichten etwa den Polen, während ihrer langen Zeit der Fremdherrschaften den Mut nicht zu verlieren. Wie Wolfgang Nitsch erinnert, sind wichtige Erfindungen und Neuerungen meistens eher außerhalb der Universitäten gemacht worden, da letztere auch in Zeiten ihrer Staatlichkeit zu problematischen Kotaus gegenüber ihren Geldgebern neigten. »Wes' Brot ich es, des' Lied ich sing!«, das gilt nicht nur für die meisten Krieger und Mönche, sondern auch für die Mehrheit der Forscher und Professoren – egal, ob sie nun an staatlich oder privat finanzierten Forschungseinrichtungen oder Universitäten arbeiten. Eine neue Offenheit für »feste Freie«, wie die freischaffenden Journalisten der Presse und beim Rundfunk heißen, wären und sind daher immer ein notwendiges Korrelat. Flexible Anstellungsverhältnisse mit einer auskömmlichen Entlohnung gehören dazu.

Literatur

AStA der FU Berlin (Hrsg.) (2005): Universität im Umbruch – Der globale Bildungsmarkt und die Transformation der Hochschulen, Berlin.

Berghahn, Sabine (2002): Hochschulreform als Ressourcenverschwendung und Kampf der Generationen?, Femina Politica – Zeitschrift für feministische Wissenschaft, Jg. 11, H. 1, S. 105 – 113.

Blomert, Reinhard (2001): Zwischen Humboldt und Coca Cola, Die Zeit, Nr. 33.

Ders. (2005): Effizienz ist das Ende der Universität, Die Tageszeitung, 27. Juli 2005.

Gizewski, Christian (2005): Zur Stellungs- und Einkommenslosigkeit habilitierter Wissenschaftler, in: http://www2.tu-berlin.de/fb1/AGiW/Cricetus/C11.htm (letzter Zugriff 1.3.2008)

Grothe, Ewald, Mittelbau im Abseits? Neuer Arbeitskreis der wissenschaftlichen Mitarbeiter veröffentlicht die Ergebnisse einer Umfrage mit Pilotcharakter. In: Wuppertaler Unimagazin, Nr. 18 (Juni/Juli 2002), S. 2
Online unter URL: <http://www.aic.uni-wuppertal.de/AK-Mittelbau/Docs/Mittelbau_ im_Abseits.pdf>.

Hachfeld, David (2005): Das GATS-Abkommen und die Kommerzialisierung von Bildung in der BRD, in: AStA FU Berlin (Hg), Universität im Umbruch, Berlin, S. 30 – 49.
Haerdle, Benjamin (2005): Privatdozent, freischaffend, sucht..., in: DUZ das unabhängige Universi¬tätsmagazin, 27. Mai 2005, S. 9 – 11.
Hartung, Manuel J. (2003): »Lehre ohne Lohn«, Die Zeit, 24. Juli 2003.
Hoffrogge, Ralf (2005): GATS, Bologna und die deutsche Hochschullandschaft, in: AStA FU Berlin (Hg), Universität im Umbruch, Berlin, S. 12 – 29.
Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2005): Privatdozentinnen zur Verschrottung freigegeben? – von der allmählichen Wiederherstellung eines akademischen Proletariats. in: Ästhetik und Kommunikation Heft 128, 36. Jg. 2005, S. 111 – 119 siehe auch www.deutscherhochschullehrerinnenbund.de/Aktuelles/Faltblatt2005.doc
Dies. (2004): Von der Austreibung des Geistes aus den Universitäten - Sparkurs und Konkurrenzdruck, Verschulung und Aussieben der Frauen, Kommune– Forum 22. Jg. 2004, Heft 4, Seite 26-31, im Netz: http://www.tu-berlin.de/fb1/AGiW/Cricetus/SOzuC3/Archiv2/EliMeyRe.htm (letzter Zugriff 1.3.2008)
Dies., (2004): Low Budget Academics, in: Gegenworte – Zeitschrift der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, 14. H. Herbst 2000, S. 64 – 68, im Netz unter: http://edoc.bbaw.de/oa/journals/remxm9mq8xjyE/PDF/23D2yIo0xwuE.pdf (S. 65 – 87, letzter Zugriff: 30.1.2008)
Dies. (1990): Feminist Research at German Universities? Nearly Impossible! in: Critical Sociology 7/1990, 61-73
Dies. (1987): Bericht zur Institutionalisierung der Frauenforschung in West-Berlin, in: IWK – Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst (Wien), 4l. Jg. l987, l33 – l36.
Mies, Maria; von Werlhof, Claudia (1998) (Hg): Lizenz zum Plündern. Das multilaterale Abkommen über Investitionen »Mai«, Hamburg.
Nitsch, Wolfgang (2007): Strukturelle Bedingungen und Arbeitsformen kritischer Wissenschaft, in: Brüchert, Oliver; Wagner, Alexander (Hrsg.): Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen, Marburg: BdWi -Verlag, S. 199 – 212.
Oberdiek, Ulrich (2004): Ausgebootet –- zur Beruflichen Altersdiskriminierung an deutschen Hochschulen, Marburg.
Ober, Steffi, Mertens, Martha (2007): Forschung außer Kontrolle? Aktuelle Forschungsvorhaben zur Agro-Gentechnik, in: Agrarbündnis e.V. (Hg), Der Kritische Agrarbericht 2007, Hamm/Westfalen, S. 181 – 187.
Rehberg, Karl-Siegbert, Brief des DGS-Vorsitzenden zum Ende seiner Amtszeit, Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 33(4): S. 189 – 193.
Ders.(Hrsg. im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie): Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (im Erscheinen).
Scheer, Herrmann (2003): Die Politiker, München.
Steinert, Heinz (2005): Die Universitätsreform der Gegenaufklärung, in: http://links-netz.de/ K_texte/K_steinert_uni.html (letzter Zugriff 1.2.2008)
Ulrich, Herbert (2002): Die Posse – Massenentlassungen werden ausgegeben als Hochschulreform, Süddeutsche Zeitung, 9. Januar 2002.
Weber, Max (1991/1919): Wissenschaft als Beruf, in: Schriften zur Wissenschaftslehre, Stuttgart, S. 237 – 275.
Wehler, Hans-Ulrich, (2002): Bulmahns Berufsverbot: Ab in die Pisa-Universität, in: Die Zeit 31.1.2002, wiederabgedruckt in: Hans-Ulrich Wehler, Konflikte zu Beginn des 21. Jahrhunderts, München 2003, S. 71 – 79.

Elisabeth Meyer-Renschhausen, Dr. habil., freie Journalistin und Autorin sowie Privatdozentin am Institut für Soziologie an der Freien Universität Berlin. Sie ist Sprecherin der Initiative Berliner Privatdozenten. Seit 1967 engagiert für Schul- und Universitätsreformen war sie auch einige Jahre als Teamerin auf Gewerkschaftsseminaren tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen neben anderen im Bereich der sozialen Bewegungen